

Der Kampf um den Wehrgraben

Oberösterreichische Nachrichten vom 12. Mai 1982

Dass nach dem Einspruch des Bundesdenkmalamtes der Steyrer Magistrat nun den Architektenwettbewerb für den Wehrgraben unterbrochen hat, wird als Einlenken gewertet. Bis zum Juni soll entschieden werden, ob das Wasser aus dem Gebiet verschwinden wird oder doch erhalten bleibt. Seit dem Jahr 1966, also 16 Jahre lang, haben die OÖN die immer wiederkehrenden Versuche aufgezeigt, diesen wesentlichen Teil des historischen Steyr mit ein paar Federstrichen zu beseitigen und die Wehrgraben-Stadtlandschaft auszuradieren, und dagegen Stellung bezogen.

In jeder größeren Stadt gibt es ein Viertel, von dem man üblicherweise nur mit gerümpfter Nase spricht. In Steyr ist es der Wehrgraben, der gegenüber den anderen Stadtteilen ein gewisses Außenseiterdasein führt. Abgewohnte, teilweise leerstehende Häuser, verfallene Wasserbauten, zwei Bordelle und ein überdurchschnittlicher Ausländeranteil an der (überalterten) Wohnbevölkerung haben aus dem Wehrgraben ein Problemgebiet ersten Ranges gemacht.

Dabei ist es nicht zu hoch gegriffen, wenn man den Wehrgraben als Lebensnerv der alten Stadt Steyr bezeichnet. Seit dem Mittelalter waren an dem künstlich angelegten Gerinne in vier Zeugstätten Mühlen, Hammerwerke, Schleifen und Sägewerke in Betrieb, die die Grundlage für den Reichtum der Eisenstadt Steyr legten.

Pritz schreibt 1837 in seiner „Geschichte der Stadt Steyr“: „Schon In den oberen Teilen dieser Vorstadt ertönt überall das Klopfen der kleineren Hämmer, und man erblickt die rußigen Gestalten, die munter und singend die Arbeit vollbringen; aber noch interessanter ist es, wenn man hinabwandelt zum spiegelklaren, schnell daherrollenden Steyrflusse, der hier, in enge Ufer eingezwängt, alles belebt und in Tätigkeit versetzt. Hier hebt er den schweren Eisenhammer zum majestätischen Donner, dort dreht er die kleineren Hämmer in rastloser, hochlärmender Bewegung; hier trommeln dumpfer die Stampfen der Papiermühle, da erschallt der einförmige Ton der Getreidemühlen, die Maschinen der großen Fabrik verrichten ihr Geschäft, der Kupfer- und Pfannenhammer mit den kleinen, dabei angebrachten Hämmern erregen ein Getümmel, das alles erschüttert, die Brust beklemmt und zur Bewunderung der Kraft und Gewandtheit der Arbeiter hinreißt.“

Waren es anfangs Wasserräder (ursprünglich 52 Stück), welche die Kraft des fließenden Wassers in Energie für die diversen Maschinen umwandelten, so übernahmen deren Funktion bald die Turbinen, die ihrerseits in Verbindung mit Generatoren Strom erzeugten, der wiederum die eigentlichen Produktionsmaschinen antrieb.

Mit der Absiedelung der Betriebe — die Steyr-Werke wurden schon während des 1. Weltkriegs verlegt — war auch der Energiespender nutzlos geworden. So wie die Häuser mehr und mehr desolat wurden, so verfielen auch die diversen Wehranlagen und Fallen.

Der Wehrgraben wird verkauft

Die seit Jahrhunderten bestehende Wehrgraben-Kommune, die Vereinigung der Gewerbe- und Industriebetriebe an diesem Gerinne, die das Wasserrecht besaß und für die Erhaltung der Wasserbauwerke aufzukommen hatte, beschloss in den sechziger Jahren, die gesamten Wasserrechte zurückzulegen. In einer Besprechung am 3. April 1962 wurden dafür drei Varianten aufgestellt:

- 1) Auflassung des gesamten Wehrgrabens und Verlegung eines Kanalrohres,
- 2) Beschränkung der Zuflussmenge in den Wehrgraben bei Mittel- und Hochwasser und
- 3) Aufrechterhaltung des gesamten Flußregimes, Ausbildung der Wehranlagen als Gefällsstufen und letztmalige Sicherung aller Ufer.

Die sieben Mitglieder der Wehrgraben-Kommune beschlossen in ihrer Generalversammlung vom 28. April 1964 die Liquidierung der Gesellschaft und verzichteten auf sämtliche Wasserbenutzungsrechte. In der darauffolgenden Wasserrechtsverhandlung wurde die Stadtgemeinde verpflichtet, ein Kanalprojekt verfertigen zu lassen, weil eine Vielzahl von Hauskanälen in den Wehrgraben mündet.

Die Stadt handelte sodann mit der Wehrgraben-Kommune ein Übereinkommen aus, demzufolge der Stadt das Gerinne und weitere Grundstücke von insgesamt knapp 90.000 Quadratmeter zu einem Preis von 712.660 Schilling überlassen wurden. Damit war die Kommune die Sorge um die Löschungsvorkehrungen los, also die Instandsetzung der Wehranlagen und Uferschutzbauten, die auf etwa 800.000 Schilling geschätzt wurde.

Dieser Vertrag wurde in der Gemeinderatssitzung vom 17. Februar 1972 in Windeseile einstimmig beschlossen, obwohl Bürgermeister Josef Fellinger als Antragsteller von einem „Akt von historischer Bedeutung gesprochen hatte. In einem dazugehörigen Amtsbericht, verfasst vom jetzigen Magistratsdirektor Dr. Eder, heißt es: „Es wird jedoch kaum möglich sein, jetzt bereits alle Auswirkungen zu erfassen, die sich durch die Auflassung des Wehrgrabens auf Grund dieses jahrhundertelangen Bestandes ergeben werden.“

Nach einer Verhandlung erging am 17. Juli 1972 ein Wasserrechtsbescheid, durch den die gesamten Wasserrechte der Kommune und ihrer Rechtsnachfolgerin, der Stadtgemeinde, erloschen. Ohne Diskussion wurde in der Gemeinderatssitzung vom 29. Juni desselben Jahres die Bezahlung der Kaufsumme an die Kommune beschlossen. Ein weiterer Bescheid vom 16. April 1974 behandelte die Kanalisation Wehrgraben, für die ein Fertigstellungstermin 31. Dezember 1981 vorgeschrieben wurde. Der Termin wurde inzwischen bis Ende 1985 verlängert.

Gegenstimmen rühren sich

Schon 1974 kam es zu Gegenstimmen aus der Bevölkerung, die mit dem Eliminieren des Wehrgrabens nicht einverstanden war.

Unterstützung bekamen die Wehrgrabenschützer durch die Studie „Grundlagen zur Stadterneuerung“, die auf einem Seminar der Technischen Universität Graz unter Dr. Heiner Hierzegger basierte. Darin hieß es: „Besondere Beachtung sollte der Erhaltung der Wasserläufe geschenkt werden. Ist schon der Zusammenfluss der beiden Flüsse Enns und Steyr ein eng mit Bausubstanz und Erscheinung der Stadt verknüpftes Element und außerdem ihr geschichtlicher Ursprung, so hatten die verzweigten Arme der Steyr eine wesentliche Bedeutung für die Entwicklung der Stadt. Diese bis ins Mittelalter zurückreichende Anlage ist ein kompliziertes System von Aufstauungen und abzweigenden Armen. Sie dokumentiert den Erfindergeist und die technische Begabung, die die Bürger dieser Stadt seit Jahrhunderten auszeichnen. Natürliche Kräfte wurden hier gebändigt und dem Menschen nutzbar gemacht. Gibt die Schönheit der Häuser in den Altstadtbereichen Zeugnis von Bürgerstolz und Kaufmannsgeist, so liegen in dieser wassertechnischen Anlage die Wurzeln des Beitrags der Werkstätigen.“

Angeregt durch das bundesweit gefeierte Jubiläum „1000 Jahre Österreich“ veranstaltete auch das Steyrer Bundesgymnasium eine Festwoche. Neben einer Diskussion mit den Stadtvätern über Umweltschutz und Stadtbildpflege wurde unter Leitung von Professor Heribert Mader eine Säuberungsaktion des Wehrgrabens unternommen, bei der 400 Schüler mehrere Tonnen Gerümpel aus dem Flussbett holten. ORF und OÖN berichteten kritisch über den Verfall der Häuser. Der Wehrgraben rückte ins Bewusstsein der Bevölkerung.

Im Februar 1977 wurde die Voruntersuchung für einen Forschungsauftrag des Wissenschaftsministeriums eingeleitet. Im Oktober veranstaltete der Round Table Club eine Fotoausstellung über den Wehrgraben, um die Diskussion über dieses historische Gewerbeviertel von Steyr wieder in Gang zu bringen. Gleichzeitig sandte der Club einen Brief an Frau Minister Firnberg, um sie bei der Erhaltung der Wasserläufe um Hilfe zu bitten.

Noch im gleichen Jahr ergriff der Round Table Club wieder die Initiative und interessierte den Vorstand des- Institutes für Wasserwirtschaft, Hydrologie und allgemeinen Wasserbau der Universität für Bodenkultur in Wien, Prof. Dr. Siegfried Radler, ein Gutachten in Form einer Diplomarbeit über Zustand und Erhaltungsmöglichkeiten der Wehranlagen und der gesamten Gerinne anfertigen zu lassen. 1979 lag die von Willibald Bruckner verfasste Arbeit "Die Wasserwirtschaft am Wehrgraben in Steyr" vor.

Initiative zur Stadterneuerung

Anfang 1980 erschien die im Forschungsauftrag erarbeitete Studie der Architekten Dipl.-Ing. Dr. Othmar Sackmauer und Dipl.-Ing. Dr. Klaus Semsroth „Ein Stadtteilerneuerungsplan für den Wehrgraben in Steyr“ in Form zweier dicker Bände. Die SP-Fraktion brachte in der Sitzung des Gemeinderates vom 13. März 1980 einen Dringlichkeitsantrag ein, das Ergebnis des Forschungsauftrages möglichst umgehend dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen und alle in diesem Zusammenhang vom Magistrat zu treffenden Maßnahmen und dem Ziele vorzunehmen, in Anwendung des Stadterneuerungsgesetzes die Assanierung dieses Gebietes um den Wehrgraben zu beginnen: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Befassung des Gemeinderates mit der Studie zog sich noch etwas hin -- schließlich war der Terminkalender mit den Feiern des Stadtjubiläums „1000 Jahre Steyr“ vollgestopft. Im Juli ging der Schotterablaß mit der hölzernen Schützentafel bei der Kohlerfalle (Große Falle) nahe der Schwimmschule in Brüche. Die Zeit der Reparatur wurde genützt, den Wehrgraben auszubaggern, um ihn von den Abfällen zu reinigen. Die Stadt brachte eine halbe Million Schilling dafür auf.

Als im September 1980 bekannt wurde, dass die wasserrechtliche Genehmigung für die Verrohrung des Wehrgrabens bis Jahresende abläuft, flammte die Diskussion wieder auf. Flugs wurde im Rathaus-Pressedienst versichert, dass eine Entscheidung erst fallen wird, nachdem eine Kostenschätzung vorliegt. Außerdem wurde eine Aussprache des Gemeinderates mit den Verfassern der Wehrgrabenstudie anberaunt.

Am 22. Jänner 1981 fand eine Informationssitzung für die Gemeinderäte statt, in der die Studienverfasser Sackmauer und Semsroth ihre Arbeit erläuterten. In einer Zusammenfassung hatten sie geschrieben: „Die Verfasser sind der Ansicht, dass vor allem der östliche Bereich des Wehrgrabens das Stadtbild von Steyr so entscheidend prägt, dass das Gebiet in seiner kleinteiligen, reizvollen Struktur ein unwiederbringliches städtebauliches Kleinod darstellt. Die räumlichen Ansprüche der notwendigen Siedlungsentwicklung sollten so aufeinander abgestimmt sein, dass einerseits kein ökologischer Schaden entsteht, andererseits aber auch die Wirkung der typischen Aulandschaft und der Kanalstruktur nicht verlorenght, sondern eher noch gesteigert wird. Daher sollte auch der wichtige Bezug zwischen Wehrwasser und Bebauung gewahrt bleiben. Jede diesbezügliche Beeinträchtigung würde die Zerstörung des Stadtbereiches als gebauter Raum zur Folge haben, als Identifikationselement der Stadt also verlorenght.“

Das Wehrwasser sollte für den Wehrgraben erhalten bleiben, da es zur Identifikation des Gebietes gehört und der Verlust dieses Wassers gleichzusetzen wäre mit dem Verlust eines besonderen Merkmals dieser Stadt.“

Die Fronten verhärten sich

Bei der ersten öffentlichen Diskussion über das Problem Wehrgraben im Steyrer Gemeinderat zeigte sich am 19. Februar eine Verhärtung der Fronten. Während die SP-Mehrheit für das Zuschütten des Gerinnes eintrat, stemmten sich die drei Fraktionen der Opposition vehement gegen diesen Plan.

Für viele Leute überraschend, wurde Anfang März die Bürgerinitiative „Wohnenswerter Wehrgraben“ unter der Patenschaft der FPÖ Steyr gegründet. In einer Presseaussendung wurde darauf hingewiesen, dass der Wehrgraben in den vergangenen Jahrzehnten bei allen erneuernden Maßnahmen der Stadt übergangen und vergessen wurde, was dazu führte, dass viele Menschen den Stadtteil verließen. Eine Veränderung des Grundwasserspiegels (bei Zuschütten des Gerinnes) würde viele mittelalterliche Häuser in Gefahr bringen, da diese auf Holzpiloten gebaut sind.

Am 17. März, zwei Tage vor der Sondersitzung des Gemeinderates, machte sich die VP für das OKA-Projekt, an der Steyr zwei Kleinkraftwerke zu errichten, stark, weil dadurch das Gerinne erhalten werden könnte. Die Sitzung selbst dauerte bis spät in die Nacht. Nach langer Diskussion stellte die SP-Fraktion den Antrag, die Kanalverlegung im Gerinne vorläufig noch nicht durchzuführen, verlangte aber von der VP die Bereitstellung rechtlich verbindlicher Unterlagen zum Alternativprojekt der OKA.

Ende März verkündete die Bürgerinitiative, dass sie bereits 3000 Unterschriften gesammelt habe. Die VP brachte wegen Nichtbehandlung ihres Antrages, über die Wehrgraben-Problematik eine

Volksbefragung zu veranstalten, eine Aufsichtsbeschwerde gegen Bürgermeister Weiss ein. Diese Beschwerde wurde später als unbegründet abgewiesen.

Den ganzen Herbst und Winter über gab es Stellungnahmen und Briefe verschiedener Organisationen. Im Februar 1982 ließ Bürgermeister Weiss die Katze aus dem Sack: Der Architektenwettbewerb, der von März bis Ende Mai laufen soll, enthält die Klausel, dass von der Voraussetzung des zugeschütteten Gerinnes bei der Planung auszugehen ist. In der Sitzung, des Gemeinderates vom 16. Februar verteufelten die Sprecher der VP- und der FP-Fraktion diese Vorgabe, die die Ideenfreiheit der Architekten einschränkt. Die Kosten des Wettbewerbes belaufen sich auf 1,2 Millionen Schilling. Die VP-Fraktion im Stadtsenat lehnte die Dotierung ab.

Vor der nicht öffentlichen Informationssitzung des Gemeinderates am 2. März wurde die Kostenstudie Flögl an die Mandatare gesandt. Die Baukosten des Kanals betragen bei Offenhalten 64 und bei Zuschütten 36 Millionen, wobei die Arbeiten für die Rohrverlegung selbst nur 13 zu 12 Millionen differieren. Unfairerweise wurden aber auch eine Abschreibung, die bei Kommunalbauten nicht üblich ist, und die Kapitalisierung der Beträge eingerechnet, wodurch die Kosten auf 95 bzw. 46 Millionen Schilling anstiegen.

Wehrgraben wird zur Bürgerinitiative

Um sämtliche Streiter für den Wehrgraben zu vereinen, bildete sich am 8. März ein Proponentenkomitee aus zwölf Vereinen und Organisationen, das am 14. April offiziell den Verein „Rettet den Wehrgraben“ gründete. Gleich in der ersten Versammlung wurde eine Vielzahl von Aktionen geplant, Flugzettel, Plakate und Pickerl gingen in Umlauf.

In einem Brief an den Steyrer Bürgermeister, den Gemeinderat und die Ingenieurkammer forderten der Präsident des österreichischen Kunstsenats, Prof. Roland Rainer, und sämtliche Professoren für Architektur die selbstverständliche Rücksicht auf das historische Stadtbild durch volle Erhaltung des Wehrgrabens und die sofortige Abänderung einer unverständlichen Wettbewerbsausschreibung, die die Zerstörung des Ortscharakters von Steyr durch Zuschüttung eines 600 Jahre alten Gerinnes voraussetzt.

Verhüllt in einen „Wehrgraben-Erneuerungskatalog“ mit einigen Dutzend Zuckerln für die Bewohner, beschloss die SP-Mehrheit in der Sitzung des Gemeinderates vom 1. April die Zuschüttung des Gerinnes. Die Sprecher der anderen Fraktionen argumentierten in dieser Monstersitzung, dass die versprochenen Tennisplätze, Schrebergärten und Zuschüsse für Hausreparaturen auch ohne Zerstörung des Gerinnes möglich seien.

Nach diesem überraschend schnellen Beschluss trat wenige Tage später das Bundesdenkmalamt auf den Plan. Es stellte fest, dass der Wehrgrabenkanal ein menschliches Bauwerk sei und als Besitz der Stadt Steyr automatisch unter Denkmalschutz stehe.

Mitte April wurden die Arbeiten zum Kanalbau Wehrgraben ausgeschrieben, obwohl die Verhandlungen mit dem Bundesdenkmalamt erst Ende dieses Monats anberaunt waren.

Die Pointe: Im offiziellen Fremdenverkehrsprospekt der Stadt Steyr wird ein Loblied auf den Wehrgraben gesungen. Dort heißt es: „Rechts im Bild ein besonders reizvolles Detail der Altstadt am Wehrgrabenkanal, einem künstlichen Gewässer, das jahrhundertlang die vielen Hämmer der eisenverarbeitenden Handwerksbetriebe bewegte.“ Neben einem zweiten Farbbild steht: „Steilgiebelige Häuser und verwitterte Hütten hocken in langer Reihe dicht am 500 Jahre alten Wehrgrabenkanal und träumen unter der Schneedecke vom Klang der Schmiedehämmer vergangener Zeiten.“